

Die Grünen müssen fundamental werden

Partei- und Führungswechsel: „Grüner Seiltanz“, FR-Meinung vom 26. September

Stellt Habeck als Kanzler dann Raketen auf?

Es ist tragisch, dass die Grünen ihre Herkunft aus der Friedensbewegung als antimilitaristische Kraft vergessen haben. Sie reden der Aufrüstung das Wort und setzen den Rüstungsexporten nichts entgegen, auch nicht die Idee, durch geduldige Diplomatie dem Frieden näher zu kommen. Ein Bundeskanzler Habeck, der 2026 Mittelstreckenraketen aufstellt, ist für mich, leider, nicht mehr wählbar.

Wilfried Lietzau, Bremen

Die Grünen müssen zurück auf Anfang

Das Motto der Grünen: „In der Regierung kann man mehr erreichen als in der Opposition“ hat sich als falsch erwiesen. Das tägliche Kleinklein schleift ab wie der Kiesel im Fluss, die Kanten gehen verloren. Es begann in Hessen (und anderswo) mit der Koalition mit der CDU, der erste Nagel zum Sarg. Dann die Ampel mit der FDP als Neutralisator – was hat man sich dabei gedacht? Warum ist man nicht beizeiten wieder ausgetreten und hat die Ampel zerstört? Die Versuche, E-Mobilität und Heizung klima-

gerecht umzubauen, wurden benutzt, um die Grünen vorzuführen. Warum hat man sich das gefallen lassen? Die Grünen wurden zu Hampelmännern gemacht. Wer hat die Schuld? Habeck! Ging der Spruch.

Nun muss die Partei zurück auf Anfang. Klima und Umwelt retten, wenn es noch etwas zu retten gibt. Es ist viel schlechter als bekannt. Umwelt wird weltweit per Agrarwirtschaft zerstört. Artensterben und Bodenvergiftung haben ein Ausmaß erreicht, das kaum noch einzudämmen ist. Es geht nicht um ein paar Wölfe, es geht um gesunde Böden und entsprechende Landwirtschaft. Beim Klima ist es schon zu spät, Überschwemmungen und Trockenheit stehen in den Startlöchern. Die Katastrophen finden täglich statt, wir wollen es nur nicht wahrnehmen. Wir sind bei 1,7 Grad Erwärmung und erleben etwa plus 0,1 Grad pro Jahr.

Großartige Erfolge bei der Eindämmung der Treibhausgase sind nicht zu sehen. Ja, es wird grüner Strom gewonnen, aber der Stromverbrauch erhöht sich in gleichem Maß oder mehr. Die Zunahme von Treibhausgasen zu stoppen, haben wir nur noch wenige Jahre. Der gegenwärtige

Zustand des Planeten ist nicht mehr zu ändern. Alles, was bisher diskutiert wird an Entlastung, scheint nur bedingt umsetzbar. Diese Entwicklung zu verhindern, waren die Grünen angetreten, dafür wurden sie gewählt. Was haben sie umgesetzt? Nichts Wesentliches. Man ließ sich gefallen, dass nicht einmal die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen begrenzt wurde.

Wenn es also jetzt nicht fundamental wird, haben die Grünen keinen Platz auf der Politbühne. Das Gejammer um Migration und was da noch alles so hochkocht – merkt denn keiner, dass es längst um das reine Überleben auf diesem Planeten geht? Man kann den Eindruck gewinnen, die Wärme geht den Menschen aufs Hirn.

Jürgen H. Winter, Schöneck

Ein kleiner, feiner Unterschied

Bei den Grünen tritt der Bundesvorstand nach mehreren Wahlniederlagen zurück. Bei der FDP nicht. Ein kleiner und feiner Unterschied.

Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/grüne-krise-2

Lindner sollte es wie Westerwelle machen

Nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland: „Eigenwilliges Manövrieren der Ampel in Berlin“, FR-Tagesthema vom 24.9.

Liebe FDP! Nach diesen zugegeben nicht ganz so schönen Wahlergebnissen im Osten kann es doch nur eine Losung geben! Kurshalten! Wer denn sonst – wenn nicht ihr – soll für ökonomische Vernunft und freies Unternehmertum eintreten? Wer – wenn nicht ihr – soll den herrschenden Sozialneid beim Namen nennen – und nicht nur hinterrum oder verdruckt, wie die anderen Ampelparteien, die Leistungsträger und Besserverdienenden angemessen entlasten? Es kann doch nicht sein, dass die, die arbeiten und Steuern zahlen, nun auch noch AfD wählen.

Lasst euch bitte nicht durch die Ergebnisse im Osten irritieren. Die paar Leute! Denen fehlt durch lange sozialistische Drosselung jegliche wirtschaftsliberale Kompetenz! Entscheidend ist und bleibt der Westen! Zur Erinnerung: „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt's einen, der die Sache regelt!“ So sprach einst der Vorsitzende Guido Westerwelle. So muss es jetzt auch Christian Lindner angehen!

Es braucht wieder positive Erzählungen und eindrucksvolle Bilder mit Alleinstellungsmerkmal: Hochzeitsbilder auf Sylt,

nächtliche Autobahnfahrten im Porsche! Ja: Ruhig noch mal die Hochzeitsfotos mit dem im Privatjet angereisten Friedrich Merz. Glücklicherweise besteht zwischen den beiden eine gewisse Seelenverwandtschaft – politisch und privat. Warum die jetzt nicht endlich auch strategisch nutzen? Gern erinnern wir uns an Zeiten, in denen die CDU ihre Wähler*innen zur Abgabe der Zweitstimme für die FDP aufrief: Zweitstimmenkampagne! So kann's gehen! Nur Mut!

Klaus Hirschberg, Hagen

Diskussion: frblog.de/wahlen-ost

Weg mit klimaschädlichen Subventionen!

Deutschlandticket: „Von 49 auf 58 Euro“, FR-Wirtschaft vom 24. September

Ist das die Verkehrswende, das Deutschlandticket durch Preiserhöhung weniger attraktiv zu machen? Der Preisanstieg von neun Euro im Jahr 2022 auf 58 Euro im Jahr 2025 ist gewaltig. Bei den Verhältnissen im ÖPNV musste man schon immer Entsayung und Idealismus mitbringen, um vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Die Ticketverteuerung ist angesichts der miserablen Verhältnisse bei Bus und Bahn ungerechtfertigt.

Die angekündigte Verteuerung des Tickets lässt wieder einmal Beständigkeit und Verlässlichkeit der Politik vermissen. Warum bekommt man nicht von vorneherein einen Preis hin, auf

den man sich über Jahre verlassen kann? Zur Überwindung der Finanzierungsprobleme des Umwelttickets sollte man sich endlich an die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen machen: Besteuerung des Flugbenzins (wie es im Koalitionsvertrag steht), Abschaffung der niedrigeren Dieselsteuer. Das eine bringt mehr als 350 Millionen Euro ein, das andere nach Berechnungen der Grünen 3,5 Milliarden Euro. Auf jeden Fall genug, um den Ticketpreis jahrelang stabil bei 49 Euro zu halten.

Beide Maßnahmen wären gerecht, weil sie von Vielfahrern und Vielfliegern aufgebracht werden müssten, Das sind nicht

die sozial Schwachen. Die Dieselverbilligung hat ihren Sinn längst verloren. Einst hielt man Diesel für umweltfreundlicher als Benzin, was falsch ist, weil Diesel mehr CO₂ ausstößt. Die Dieselverteuerung wäre auch gerecht gegenüber den Heizölverbrauchern, denn diese sollen ja in den nächsten Jahren eine erhebliche Verteuerung des Heizöls erfahren als Anreiz, sich auf eine umweltunschädliche Heizung umzustellen. Für Dieselaautos gilt Ähnliches – neue umweltfreundliche Technologien in Gang setzen mit der Erhöhung der Dieselsteuer auf die Höhe der Benzinsteuer.

Hartmut Bärz, Kelkheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241001

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wird die Linke noch gebraucht?“ mit dem Soziologen Klaus Dörre (Universität Jena), Philipp Türmer (Juso-Bundesvorsitzender), Berfe Budak (IG-Metall-Jugendsekretärin) und Michael Müller (Fraktionsvorsitzender der Linken im Frankfurter Römer),
Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Präsidentenschaftswahl. Die USA haben gewählt“ mit Sarah Wagner (Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz), Rainer Rudolph (Münchner Sicherheitskonferenz) und Thomas Zittel (Goethe-Uni).
Mittwoch, 6. November, 19 Uhr
Evangelische Akademie Römerberg 9, Frankfurt

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.
Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1 Frankfurt

Nachhaltiges Umdenken

Zu: „Der Klimakanzler hat noch viel zu tun“, FR-Klima vom 20. September

Die Analyse von Carla Reemtsma spannt einen zu kurzen Bogen. Zum einen bleiben einige Zweifel, ob es einen Klimakanzler wirklich gibt, da Olaf Scholz schon zu Zeiten als Hamburger Bürgermeister ein gerade für größere Metropolen existierendes Megathema wie die Nachhaltigkeit eher verschlafen und sich bei seiner Vision lieber von einem Betonmonster wie dem Elbtower hat leiten lassen anstatt von kreativen Ideen wie zum Beispiel Grünflächen auf Dachterrassen zur Dämmung der Erderwärmung.

Zum anderen dürfte das in der Öffentlichkeit spürbar nachlassende Interesse für den Klimaschutz auch sehr viel damit zu tun haben, dass die meisten Akteure und Organisationen nur auf das Narrativ einer Dystopie in einer pessimistischen Zukunft setzen, was die Menschen nun einmal in psychologischer Hinsicht irgendwann ermüdet. Bei der Bundesregierung scheint es ebenfalls weiterhin nur einen recht begrenzten Ehrgeiz dafür zu geben, das Klimageld an die Bürger auszugeben, um soziale Härten bei der Transformation, die es schon heute gibt, möglichst gerecht und fair abzufedern.

Deshalb hilft hier nur ein anderer Ansatz wirklich weiter, wenn das Thema Klimaschutz nicht nur im politischen Tagesgeschäft nicht weiter in den Hintergrund rücken und an Bedeutung verlieren soll, wobei man sich insbesondere an Ländern wie Dänemark orientieren sollte, wo das nachhaltige Umdenken vor allem als Chance für ein besseres Leben angesehen wird und dafür, den Wohlstand der gesamten Gesellschaft zu vermehren!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Die Vorteile von morgen

Bundeshaushalt: „Kaputtgespart“, FR-Meinung vom 14. September

Das Sparen am falschen Ende und an öffentlichen Investitionen ist eigentlich ein schwerer Fehler, weil von Jahr zu Jahr alles immer teurer wird. Eine einfache Binsenweisheit, die anscheinend an der Logik mit dem jährlich begrenzten Bundeshaushalt scheitert.

Investitionen sind die Gewinne und Vorteile von morgen für künftige Generationen. Das gilt nicht nur für Unternehmer. Wer sich auf der Vergangenheit ausruht, der verspielt die Zukunft, spaltet die Gesellschaft weiter und öffnet Tür und Tor – nicht nur in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, sondern in ganz Deutschland – für die rechten und linken Extremisten und den Populismus. Wer sät, der wird auch ernten.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/wahlen-ost